

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. A. Gromyko

Werter Genosse Vorsitzender!

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, den polnischen Freunden für die Gastfreundschaft und die für unsere Tagung geschaffenen guten Bedingungen zu danken.

Wir freuen uns, Genossen Jozef Czyrek im Zusammenhang mit seiner erstmaligen Teilnahme an unserer Komitee-Tagung als Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen begrüßen zu können und möchten ihm Erfolg in seiner Tätigkeit zum Wohle des uns brüderlich verbundenen sozialistischen Polens wünschen.

Wie auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau beschlossen wurde, haben wir die Aufgabe, Fragen zu behandeln, die mit der Vorbereitung und Durchführung des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und mit der Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa verbunden sind.

Zunächst über den Platz, den das Madrider Treffen im Gesamtbild des Weltgeschehens einnimmt. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß es als ein normales, wenn auch bedeutsames Treffen vorgesehen war. Unter den Bedingungen der in letzter Zeit komplizierter

gewordenen internationalen Lage zieht dieses Treffen, an dem Vertreter von 35 Staaten einschließlich aller Staaten des Warschauer Vertrages teilnehmen werden, die gesteigerte Aufmerksamkeit in Europa und überall in der Welt auf sich.

Das ist auch verständlich. Ein Erfolg des Madrider Treffens würde zu einer bestimmten Stabilisierung und vielleicht zu einer weiteren Entwicklung des Entspannungsprozesses beitragen. Das wäre zweifellos eine günstige Erscheinung im europäischen und internationalen Leben.

Das prinzipielle Herangehen der Bruderländer an das Madrider Treffen ist mit aller Deutlichkeit in der Warschauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses dargelegt worden. Wir sind dafür, daß dieses Treffen wichtige Ergebnisse, und die Vereinbarung praktischer Schritte zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - in erster Linie in dieser oder jener Form die Annahme eines Beschlusses über die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa - bringt.

Seit der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind einige Monate vergangen. Heute können wir Bilanz ziehen über die von uns allen durchgeführten zahlreichen Begegnungen und Konsultationen mit Vertretern der anderen Teilnehmerstaaten, können Rückschau halten auf die gesamte gemeinsam geleistete Arbeit zur Vorbereitung auf das Madrider Treffen.

Es wurde eine große und aktive Arbeit geleistet. Jetzt können wir mit größerer Bestimmtheit die Absichten der westlichen Teilnehmer, das Kräfteverhältnis in ihrem Kreis einschätzen, bestimmte Schluß-

folgerungen ziehen und notwendige praktische Schritte entwerfen.

Womit werden die Delegationen der westlichen Länder nach Madrid reisen, was für einen Ton werden sie auf dem Treffen anschlagen? Wir alle wissen, wie wichtig für ein derartiges Forum die politische Atmosphäre ist, in der seine Arbeit geleistet wird. Wird sie diesmal sachlich und konstruktiv sein oder wird man uns leere Wortgefechte im Geiste des "psychologischen Krieges" liefern, wie man dies in Belgrad versucht hatte?

Zunächst zu den USA. Die Amerikaner beabsichtigen offensichtlich, den sozialistischen Ländern in Madrid eine Konfrontation aufzuzwingen. Zu diesem Zweck wird man auf den Mythos von der "sowjetischen Bedrohung", auf die afghanischen Angelegenheiten und die Menschenrechtsdemagogie zurückgreifen. Diese Pläne traten bereits jetzt zutage, in der Vorbereitungsphase des Madrider Treffens.

Doch es geht nicht nur darum, uns in Madrid eine politische und ideologische Konfrontation aufzwingen zu wollen. Für die jetzige USA-Administration ist das nicht so sehr der Zweck, sondern das Mittel. Der Zweck besteht darin, nach Möglichkeit die politischen Ergebnisse der Helsinki-Konferenz von 1975 auf höchster Ebene zu revidieren, die Grundlagen der Schlußakte zu zerstören, das Treffen, wie es in Madrid geplant ist, in ein Instrument des ständigen Drucks auf die sozialistischen Länder, der Kontrolle über unser inneres Leben, über unsere sozialistische Ordnung zu verwandeln. Dieses Ziel, das sich aus dem Kurs der Carter-Admini-

stration auf Verstärkung des Wettrüstens, Anheizen der Spannungen und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ergibt, ist den Interessen der Entspannung, des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa vollkommen entgegengesetzt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß das Madrider Treffen eine bestimmte Etappe des Kampfes sein wird, und darauf haben wir uns alle vorzubereiten. Sein Ausgang in Madrid wird in beträchtlichem Maße davon abhängen, ob die USA die europäischen Staaten, in erster Linie ihre Verbündeten sowie die Neutralen ans Gängelband nehmen können, oder ob in Westeuropa das Interesse an einer Erhaltung der Aktiva der Entspannung und folglich daran, Oberhand gewinnen wird, daß, wie es während der Gesamteuropäischen Konferenz war, wieder eine gemeinsame Sprache mit den sozialistischen Staaten in den Grundfragen des europäischen Lebens gefunden wird. Nach der heutigen Sachlage zu urteilen, ist das Bild hier bei weitem nicht eindeutig.

Volle Unterstützung erfährt der Kurs der USA von England und vielleicht von ein oder zwei weiteren NATO-Ländern.

Ein bedeutender Teil der Verbündeten der USA, wie z. B. die BRD, Italien, Belgien und einige andere Staaten, die, besonders in den letzten 10 Jahren, einen besonders hohen Stand der Beziehungen mit unseren Ländern erreicht haben, ist offenbar nicht daran interessiert, daß in Madrid alles auf eine Konfrontation hinausläuft.

Aus Gesprächen mit Staatsmännern dieser Länder, insbesondere aus Begegnungen, die bei uns mit Außenministern während der laufenden UN-Vollversammlung stattgefunden haben, wird sichtbar, daß sie an die Möglichkeit der Erhaltung der Entspannung oder, wie sie sagen, des "gesamteuropäischen Prozesses" denken und eine gewisse Vorwärtsbewegung dieses Prozesses auch unter den augenblicklichen politischen Parametern der internationalen Situation erhoffen. Allerdings sind wir uns der Folgerichtigkeit ihrer Ansichten nicht gewiß. Für diese Kategorie westeuropäischer Länder sind Schwankungen und Rücksicht auf die USA charakteristisch. Das muß berücksichtigt werden.

Nun zu Frankreich. Wie die Verhandlungen L. I. Breshnews mit Giscard d'Estaing in diesem Jahr zeigten, sind die Franzosen in bezug auf Madrid wohl positiv gestimmt. So sprachen sie zumindest und sprechen auch heute noch. Aber dennoch bedarf es auch hier einer beträchtlichen Vorsicht. Es gilt, Frankreich auf die positiven Elemente seiner Position festzulegen, ohne dabei die Augen vor einer Reihe uns allen wohl bekannter negativer Elemente zu verschließen. Die Belastung solcher negativer Elemente ist zeitweilig besonders zu spüren.

Die Neutralen und andere blockfreie Staaten Europas haben noch weitere Interessen, die mit den USA nicht übereinstimmen. Für sie ist eine Besorgnis um das Schicksal der Entspannung charakteristisch. Die Aussicht einer Konfrontation in Madrid behagt ihnen nicht. Das ist ein positiver Faktor. Wir vergessen natürlich nicht, daß die Neutralen in ideologischen Angelegenheiten

nicht mit uns gehen.

Dagegen wächst in gesellschaftlichen Kreisen der Länder Westeuropas, und zwar in unterschiedlichen politischen Strömungen, das Bewußtsein, daß die Entspannungspolitik keine vernünftige, annehmbare Alternative hat, und es verstärkt sich das Interesse an der Fortsetzung dieser Politik.

All das läßt eine Schlußfolgerung zu: Wir haben bestimmte und sogar wesentliche Möglichkeiten für die Arbeit in Madrid, einen positiven Schlüssel, für die Suche nach Kontakten und Verständigung mit einem relativ großen Kreis europäischer Staaten. Doch man darf sich keinen Illusionen hingeben: Diese Arbeit wird nicht leicht sein, sie wird von uns allen eine konsequente Durchführung unserer prinzipientreuen politischen Linie, eine flexible Taktik und enge Geschlossenheit der Bruderländer erfordern.

Jetzt zur praktischeren Seite der Angelegenheit. Wir sind nach wie vor der Meinung, zu der wir alle im Dezember vorigen Jahres gekommen sind, nämlich daß das wichtigste Resultat des Madrider Treffens ein Beschluß über die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa werden könnte.

Für uns ist es grundsätzlich wichtig, die von Washington geförderte Tendenz zur Verstärkung der militärischen Konfrontation auf unserem Kontinent zu zerschlagen. Es versteht sich von selbst, daß, wenn schließlich ein Beschluß über die Einberufung einer Konferenz gefaßt wird, auf dem Weg zu diesem Ziel ein beträchtlicher Schritt

getan wird.

Welches sind die Positionen der westlichen Länder bezüglich der Konferenz? Offen tritt gegen die Idee zu ihrer Einberufung wohl niemand auf. Allerdings bemühen sich die führenden Repräsentanten der USA in ihren öffentlichen Erklärungen bisher, möglichst viel Nebel zu verbreiten, nicht ihre Karten aufzudecken. Doch ein großer Kreis von Staaten, einschließlich vieler Verbündeter der USA, sprechen sich jetzt im Prinzip angeblich für die Einberufung einer Konferenz aus.

Daraus ergibt sich, daß sich unsere Initiative Schritt für Schritt ihren Weg bahnt. Das ist nicht leicht, das ist mit Schwierigkeiten verbunden. Das können sich unsere Länder mit vollem Recht auf ihre Aktivseite schreiben. Hier haben wir wirklich Beträchtliches geleistet, haben mit unseren konstruktiven Bemühungen Einfluß ausgeübt.

Doch es gibt noch etwas anderes - das ist das Bestreben der NATO-Länder, die Einberufung einer Konferenz an bestimmte Vorbedingungen zu knüpfen. Ich meine die Forderungen, die Zone, die von den vertrauensbildenden Maßnahmen erfaßt wird, auf den gesamten europäischen Teil des Territoriums der UdSSR auszudehnen, diese Maßnahmen obligatorisch und "kontrollierbar" zu machen. Das ist für uns unannehmbar, da dies ein sehr einseitiges Herangehen ist.

Nimmt man den ersten Punkt, die Zone der Erfassung, so wurde dies in Helsinki auf der Grundlage eines sorgfältig ausgewogenen Interessenausgleiches, einer strikten Berücksichtigung der Besonder-

heiten der geografischen, militärischen und politischen Lage der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz beschlossen.

Hier werden wir fest auf dem Boden der Bestimmungen der Schlußakte stehen, und es gibt keinen Zweifel, daß dies in unserem gemeinsamen Interesse, im grundlegenden Interesse der Sicherheit unserer Völker liegt. Wir haben nicht die Absicht, davon abzugehen.

Die Forderung, die vom NATO-Block aufgezwungenen Normen zu den vertrauensbildenden Maßnahmen verbindlich zu machen, geht über den Rahmen der Schlußakte hinaus. Und hier haben wir es mit dem Versuch einer Revision dieser Akte zum Nachteil der Interessen der Sicherheit der sozialistischen Staaten zu tun.

Das gleiche gilt auch für die Frage der Kontrolle über die vertrauensbildenden Maßnahmen. Das sind doch noch keine Maßnahmen einer realen Abrüstung, die von einer entsprechenden Kontrolle begleitet werden müssen. Diese primitive Altklugheit der NATO lehnen wir ab.

Wir unsererseits könnten im Verlauf der Diskussion in Madrid über die Frage der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa vorschlagen, einfache und klare Dinge als Grundlage zu nehmen, die bereits jetzt für eine große Mehrheit der Teilnehmer annehmbar sind. In der ersten Etappe der Konferenz könnte man sich auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren, das Verfahren, den Zeitpunkt und den Ort ihrer Durchführung vereinbaren, sowie weitere reale Schritte für die nächste Zukunft erörtern, die verein-

bart werden können.

Die Erörterung größerer und tiefgehender Maßnahmen könnte später stattfinden, ohne diese Angelegenheit zu lange aufzuschieben.

Man könnte vorerst versuchen, konkret die Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren. Würde zunächst eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen einberufen, könnte dies eine wichtige Etappe der Verbesserung der politischen Situation in Europa sein. Das könnte zur Schaffung von Bedingungen für die nachfolgende Einberufung einer Abrüstungskonferenz beitragen.

Die Flexibilität und Breite eines solchen Herangehens sichern uns eine gute Möglichkeit für Manöver und für die Suche nach Berührungspunkten mit den Positionen anderer Teilnehmer des Treffens, insbesondere der Neutralen.

Die Frage nach dem möglichen Durchführungsort der Konferenz ist bei uns abgestimmt. Wir werden darum ringen, daß sie in Warschau stattfindet.

Wir müssen verständlicherweise mit aller Energie und Entschlossenheit auf unserer Position, wie sie in der Warschauer Deklaration dargelegt wurde, bestehen, und zwar darauf, daß die Einberufung der Konferenz beschleunigt wird und ein diesbezüglicher Beschluß auf dem Madrider Treffen selbst gefaßt wird.

Wir werden sehen, ob die westlichen NATO-Länder auch zu dieser Ansicht gelangt sind.

Wir werden in Madrid auch von den in der Warschauer Deklaration vorgeschlagenen politischen und vertragsrechtlichen Initiativen sprechen, die geeignet sind, die Entspannungspolitik in Europa zu untermauern und der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu dienen.

Im Kommuniqué unserer Tagung sollte auch unterstrichen werden, daß Fortschritte in den Wiener Verhandlungen nur vom politischen Willen der westlichen Teilnehmer abhängen, die eine klare und konstruktive Antwort auf unsere Vorschläge geben müssen.

In Madrid werden wir darauf achten, daß die Fragen der militärischen Entspannung bei all ihrer großen Wichtigkeit die Thematik der anderen Vereinbarungen von Helsinki nicht in den Hintergrund treten lassen. Wir werden erneut aufzeigen, daß wir auf den Positionen eines ausgeglichenen Herangehens an alle drei Abschnitte der Schlußakte stehen.

Zu dem konkreten Inhalt der Initiativen, die unsere Länder in Madrid zum zweiten und dritten Abschnitt der Schlußakte entwickeln werden, fand in Warschau bereits ein Meinungsaustausch statt, ebenso bereits auf bilateraler Ebene und auf einem Arbeitstreffen auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister in Prag. Die von uns ausgearbeiteten Positionen bleiben weiterhin

gültig. Daher möchte ich, ohne ins Detail zu gehen, auf das Wesentliche ein-gehen.

Es sieht so aus, daß sich die Möglichkeiten verbessern, unsere gemeinsame Initiative zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über Energiefragen im Rahmen der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO voranzubringen. Wachsende Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Energie veranlassen offenbar die Länder Westeuropas, sich diesem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber zu verhalten. Doch wie sich in dieser Angelegenheit unsere Partner verhalten werden, ist nicht klar. Immer dann, wenn sie keine Vereinbarungen wollen, bedienen sie sich der Schaffung verschiedener künstlicher Hindernisse, nur um die Lage zu komplizieren.

Bei der Erörterung der Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit werden wir natürlich nicht zu den zahlreichen Verletzungen der entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte durch die Vereinigten Staaten und ihre eifrigsten Verbündeten schweigen.

Was den dritten Abschnitt der Schlußakte betrifft, so haben die USA und ihre Gefolgsleute allen Anschein nach die Absicht, eine beträchtliche Portion Hetze auf die sozialistischen Länder zu schütten, eine fruchtlose verbale Polemik zu ihren eigenen Bedingungen zu entfesseln. Indem wir Ausfällen provokatorischen Charakters eine würdige Antwort erteilen, werden wir natürlich die Wogen der künstlich geschaffenen Leidenschaften glätten, die Diskussion in die Bahnen sachlicher Verhandlungen lenken und für

die gegenseitig annehmbare positive Lösung einiger konkreter Fragen der humanitären Zusammenarbeit in Europa eintreten.

Doch wir lassen uns nicht ins Hintertreffen drängen. Wir werden je nach "Verdienst" Widerstand leisten. Das Recht, die Tatsachen, der Gang der Ereignisse sind auf unserer Seite, wir brauchen sie nicht zu fürchten.

Unter Berücksichtigung dessen, wie dreist in den westlichen Ländern faschistoide Gruppen und sie unterstützende Kreise auftreten, werden wir in Madrid vorschlagen, eine Empfehlung über Maßnahmen zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der Vertreter und Bürger eines Staates auf dem Territorium eines anderen Staates anzunehmen. Das ist eine aktuelle, notwendige Sache.

Wir sind unsererseits bereit, in sachlicher Weise Fragen, die die Erleichterung der Bedingungen für die Familienzusammenführung und die Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten betreffen, so-wie einige Maßnahmen zu erörtern, die die Entwicklung nützlicher Kontakte auf dem Gebiet der Kultur, der Informationen, der Bildung und der Wissenschaft fördern.

Die Hauptsache ist jedoch, konsequent auf der prinzipiellen Position zu stehen, daß der einzig mögliche Nährboden für die Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit eine Vorwärtsentwicklung der Entspannung ist. Die westlichen Partner müssen wissen: Wenn man sich mit Taten und nicht mit Worten um die Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit sorgt, darf man der Entspannung keine Hindernisse in den Weg stellen.

Wir werden natürlich nicht aufhören, die entsprechende Bestimmung der Schlußakte zu wiederholen, wonach die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf allen Gebieten nicht anders gestattet werden kann, als unter strikter Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der souveränen Rechte einschließlich der Gesetze und administrativen Vorschriften jedes Landes. Das ist eine absolute Forderung, ein absolutes Gesetz des internationalen Lebens, und wir erlauben niemanden, es zu erschüttern.

Es gibt noch eine bedeutsame Frage, der Beachtung geschenkt werden sollte. Wie Sie wissen, hat L. I. Breshnew in Beantwortung von Fragen der Redaktion der "Pravda" im Zusammenhang mit dem 5. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki die Idee geäußert, daß das Datum der Unterzeichnung dieses historischen Dokumentes zum "Tag Europas" etwa so, wie auch die Völker anderer Kontinente ihre Gedenktage haben, erklärt wird. Die Schaffung einer solchen Tradition, den Tag am 1. August zu begehen, könnte zweifellos dem Zusammenschluß aller Völker Europas und um den Idealen der Entspannung dienen. Wenn man sich in Madrid günstig gegenüber dieser Idee verhält, wird man entsprechende konkrete Vorschläge diesbezüglich ausarbeiten können. Wir würden die Genossen bitten, darüber nachzudenken.

Jetzt zur Ebene des Madrider Treffens. Wie sich in Gesprächen mit einer Reihe von Außenministern westeuropäischer Länder in New York gezeigt hat, verknüpfen sie in ihrer Mehrheit ihre Anwesenheit auf dem Treffen mit dessen Verlauf und möglichen Resultaten. Unsere gemeinsame Position wurde in der Warschauer Deklara-

tion formuliert. Es bleibt also unseres Erachtens alles so wie vereinbart.

Wir sind natürlich für die Fortsetzung des in Helsinki begonnenen positiven Prozesses in dem Sinne, wie er in der Schlußakte umrissen wurde. Wenn es in Madrid gelingt, Fortschritte, vor allem in der Frage einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, zu erreichen, dann sind wir auch für eine Vereinbarung des Zeitpunktes eines nächsten gesamt-europäischen Treffens.

Wenn jedoch auf dem Madrider Treffen das Gerangel in Richtung auf eine Konfrontation und fruchtlose ideologische Polemik fortgesetzt wird, sind wir an einer solchen Fortsetzung offenbar nicht interessiert. Es erhebt sich natürlich die Frage: Vielleicht sind einige westliche Länder noch nicht bis zu einem solchen Stadium des Verständnisses der Entspannungspolitik vorgedrungen, das zuverlässige Möglichkeiten für ein weiteres Vorankommen bei der Realisierung der Schlußakte bieten würde. Und dennoch könnte es unseren gemeinsamen langfristigen Interessen entsprechen, diesen Prozeß fortzusetzen, der mit der gesamteuropäischen Konferenz begonnen wurde, wenn allerdings in der Politik unserer Partner konstruktive Tendenzen überwiegen.

Wie auch in der Vergangenheit, werden unsere Delegationen in Madrid Hand in Hand, in engstem Kontakt arbeiten. Zum Zweck einer besseren Koordinierung unserer Aktionen werden natürlich die Konsultationen zur Madrid-Thematik auf den verschiedensten Ebenen fortgesetzt werden.

Nun kurz zu einigen der aktuellsten internationalen Angelegenheiten.

Am vergangenen Freitag wurden in Genf Verhandlungen mit den Amerikanern zur Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa aufgenommen. Eigentlich ist es bis hernur zu einem Treffen der Delegationsleiter gekommen, auf dem organisatorische Fragen behandelt wurden. Diese Verhandlungen versprechen, kompliziert und langwierig zu werden. Über ihren Verlauf werden wir die Bruderländer periodisch informieren.

Zu den Wahlen in der BRD. Ihr Ergebnis ist dadurch interessant, daß Strauß, der sein Wahlprogramm auf die Bekämpfung der Entspannung ausrichtete, dafür mit seiner Niederlage zahlte. Wahlen sind in der BRD auch in weniger komplizierten Zeiten stets eine bedeutende Erscheinung im europäischen Leben. Und jetzt bieten sie allen Entspannungsgegnern ein gutes Material zum Nachdenken.

Jetzt zum irakisch-iranischen Konflikt. Wir treten konsequent für seine schnellste Beendigung und für die Regelung der strittigen Fragen zwischen beiden Seiten auf friedlichem Wege und ohne jede Einmischung von außen ein. Dieser Konflikt ist einzig und allein für den Imperialismus vorteilhaft.

Die Amerikaner sind in Worten auch für die Nichteinmischung. Doch still und heimlich erarbeiten sie verschiedene Varianten ihrer Einmischung, bis hin zur militärischen. Außerdem stellt all das, was sie tun, indem sie ihre Streitkräfte im Konfliktgebiet konzen-

trieren, bereits eine Einmischung dar. Die Versuche, die Verbündeten in diese Angelegenheit hineinzuziehen, gelingen ihnen bisher nicht. Wir warnen die USA entschieden vor allen eventuellen Abenteuern.

Nun einige Worte zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Keiner von beiden Hauptkandidaten - Carter und Reagan - hat wohl bisher überwiegende Chancen. Und einen besonders großen Unterschied gibt es wohl zwischen ihnen auch nicht. Jedenfalls werden wir wegen einer Wahl Reagans nicht in Ohnmacht fallen. Schließlich und endlich wird auch er sich den Realitäten des internationalen Lebens anpassen müssen, wie das auch andere vor ihm tun mußten.

Genossen! Unser Kampf um die Entspannung wird weiterhin an breiter Front geführt, und das Treffen in Madrid ist einer seiner Abschnitte. Die internationalen Positionen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft sind unerschütterlich. Genosse L. I. Breshnew sagte in seiner Rede in Alma-Ata, daß die Politik der sozialistischen Staaten den grundlegenden Interessen aller Völker entspricht, daß sie von Hunderten von Millionen Menschen in der ganzen Welt gebilligt wird. Und ich, so betonte er, kann mit aller Bestimmtheit erklären: Diese Politik werden wir auch weiterhin betreiben - konsequent und unbeirrbar.

Abschließend möchte ich die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß unsere Länder, indem sie wie immer geschlossen und abgestimmt handeln, in Madrid erneut in überzeugender Weise die Friedensliebe und Humanität ihrer Außenpolitik demonstrieren und alles nur Mögliche tun werden, damit das Madrider Treffen mit der Annahme von

Beschlüssen beendet wird, die den Interessen der Festigung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, den Interessen des Friedens in der ganzen Welt entsprechen.